VR-03-155 Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!

Antragsteller*in: Dustin Eikmeier (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 154 bis 155 einfügen:
diesen Anteil genauer messbar zu machen: Wo proprietäre Lösungen vor allem Lizenzkosten verursachen, gelten für Open-Source-Kosten andere Strukturen.

Digitale Souveränität auch in der Bildung und Wissenschaft stärken

Digitale Souveränität beginnt in der Schule. Noch immer läuft der Großteil der digitalen Infrastruktur an öffentlichen Schulen über proprietäre Systeme US-amerikanischer Konzerne wie Microsoft. Damit liegt der Zugriff auf zentrale Lern-, Kommunikations- und Identitätssysteme unserer Kinder bis ins kleinste Dorf in außereuropäischer Hand – das darf nicht sein. Diese Abhängigkeit verursacht nicht nur enorme Lizenzkosten, sondern gefährdet auch Datenschutz, pädagogische Freiheit und langfristige Sicherheit unseres Bildungssystems.

Gleichzeitig droht sich mit der Einführung von KI-Systemen wie ChatGPT derselbe Fehler zu wiederholen: Während Schulen beginnen, solche Werkzeuge zu integrieren, fehlt es an europäischen Alternativen und offenen Modellen. Auch hier müssen von Anfang an gemeinwohlorientierte, europäische und Open-Source-basierte Lösungen gefördert und eingesetzt werden, um Lernumgebungen, Daten und pädagogische Entscheidungen in öffentlicher Hand zu halten.

Auch an Hochschulen prägen proprietäre Plattformen weiterhin Forschung und Lehre – von Cloud-Diensten über Forschungsdatenbanken bis hin zu Lehrsoftware. Die Nutzung geschlossener KI-Systeme gefährdet wissenschaftliche Unabhängigkeit, Kontrolle über Trainingsdaten und zentrale Forschungsprozesse. Kooperationen wie SAP–OpenAI zeigen, wie schnell europäische Wissenschaft in neue Abhängigkeiten geraten kann.

Gleichzeitig werden Studierende im Studium systematisch an proprietäre Software-Ökosysteme gewöhnt – MatLab statt Octave, Unity statt Godot, GitHub statt GitLab/Codeberg, Adobe statt GIMP/Krita. Diese Praxis verfestigt Marktstrukturen, obwohl Open-Source-Alternativen oft gleichwertig oder überlegen sind und durch Offenheit ein tieferes technisches Verständnis fördern.

Wir Bündnisgrüne wollen daher, dass Schulen und Hochschulen schrittweise auf europäische, gemeinwohlorientierte Open-Source-Lösungen umsteigen – in Zusammenarbeit mit dem ZenDiS sowie im Rahmen von NFDI und europäischer KI-Forschung. Digitale Souveränität, Medienkompetenz, Plattformkritik und KI-Verständnis müssen verbindlich in Curricula verankert werden. Das Prinzip Public Money, Public Code soll für alle öffentlich finanzierte Bildungs- und Forschungssoftware gelten.

Begründung

Digitale Bildung ist Demokratieschutz. Offene und transparente Systeme schaffen Eigenverantwortung, Datenschutz und demokratisches Bewusstsein. Um Abhängigkeiten und strukturelle Folgekosten zu vermeiden, braucht es von Beginn an europäische, offene Alternativen in Schule wie Hochschule.

weitere Antragsteller*innen

Grit Menzzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jana Ketzenberg-Schmid (KV Barnim); Immanuel Kleinschmidt (KV Berlin-Lichtenberg); Kai Bojens (KV Stade); Maximilian Mattig (KV München-Land); Johnni Vuong (KV Wiesbaden); Astrid Griess (KV Pinneberg); Laila Weigand (KV Frankfurt); Darius Koch (KV Hannover); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Christoph Schumacher (KV Mittelsachsen); Annemarie Schumacher (KV Oberhavel); Dorothee Serries (KV Oberhavel); Andreas Schaefer (KV Potsdam-Mittelmark); Julia Alexa Barde (KV Potsdam-Mittelmark); Erdmute Scheufele (KV Oder-Spree); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.